

KVG-Ärger: Opposition will Sondersitzung

Heftiger Parteienstreit um Netzreform vor der Kommunalwahl

VON JÖRG STEINBACH

KASSEL. Kurz vor der Kommunalwahl am 6. März gibt es in Kassel heftigen Streit zwischen der regierenden SPD und den Grünen einerseits und einer bisher einmaligen Allianz von CDU, FDP, Linken und Freien Wählern andererseits.

Es geht um die Netzreform der KVG. Die Opposition will das Thema noch vor der Wahl in einer Sondersitzung des Stadtparlaments öffentlich debattieren. Rot-Grün möchte das verhindern. Wegen der geplanten Streichung von Buslinien und Bushaltestellen gibt es seit Monaten aus fast allen Stadtteilen massive Kritik von vielen Bürgern.

Die rot-grüne Rathauskoalition wollte das heikle Thema der Liniennetzreform der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) am liebsten erst nach der Wahl von der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung diskutieren und entscheiden lassen. Auch die Bürgereingaben zum Erhalt der KVG-Buslinien 12, 24 und 27 sollten erst im April auf den Tisch kommen. „Es wurde versucht, uns mundtot zu machen“, sagt CDU-Fraktionschef Dr. Norbert Wett.

Nun wollen alle vier Oppositionsfraktionen die Sondersitzung. Man werde „dieses Spiel auf Zeit, mit dem die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ausgebremst wird, nicht hinnehmen“, steht

in der Presseerklärung. Mindestens 18 Stadtverordnete sind nötig, um eine Sondersitzung durchzusetzen. Die vier Fraktionen haben zusammen 27 Stimmen. Stadtverordnetenvorsteherin Petra Friedrich (SPD) muss jetzt unverzüglich über einen Termin für die Sondersitzung entscheiden.

Die Oppositionsforderung sei „dem Wahlkampf geschuldet“, sagt die Vorsteherin. Sie will versuchen, die geplante letzte Stadtverordnetensitzung vor der Wahl am 1. Februar zu nutzen, um auch über die Bürgereingaben zu debattieren. Die SPD-Fraktion befürwortet das. Petra Friedrich: „Die Bürger wollen Klarheit, wo die Parteien stehen.“

ZUM TAGE, NÄCHSTE SEITE

Mehr zum Thema: **KVG-Ärger - Opposition will Sondersitzung**



Bei den Buslinien wird es bei der KVG-Netzreform harte Einschnitte geben: Im Bild die Linie 25, die am Lindenberg im Stadtteil Forstfeld gekappt werden soll. 26 Bushaltestellen würden nach den bisherigen Plänen ab Frühsommer 2017 gar nicht mehr und weitere 18 nur noch mit Anruf-Sammel-Taxen angefahren.

Das plant die KVG

Die geplante Netzreform sieht harte Einschnitte vor allem bei den Kasseler Buslinien, aber auch im Tramverkehr vor.

26 Bushaltestellen würden nach den Plänen gar nicht mehr und weitere 18 nur noch mit Anruf-Sammel-Taxen angefahren. Die Mehrzahl dieser Haltestellen liegt in den am Stadtrand gelegenen Stadtteilen.

Massive Streichungen soll es in den Schwachverkehrszeiten am späten Abend, samstags bis 8 Uhr und sonntags bis 11 Uhr geben, zudem einschneidende Änderungen in der Linienführung der Straßenbahnen. Besonders in den Stadtteilen Harleshausen, Jungfernkopf, Bettenhausen, Nordshausen und Brallsberg gibt es laut KVG zu viel Angebot im Nahverkehr. Geplante Veränderungen bei den Buslinien 12, 24, 25 und 27 betreffen aber auch die Stadtteile Niederzwehren, Rothenditmold, Süsterfeld-Helleböhn und Forstfeld.

Mehr als 1000 Bürgereingaben sind bei der KVG zu dieser Planung eingegangen. Die sollen jetzt für die Überarbeitung des Entwurfs bis zum Frühjahr dieses Jahres genutzt werden. Damit will die KVG den ursprünglichen Zeitplan einhalten und ab Frühsommer 2017 im reformierten Netz fahren. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der neuen Stadtverordnetenversammlung, die am 6. März gewählt wird. Der entscheidende Beschluss zur KVG-Netzreform soll im Oktober 2016 im Stadtparlament gefasst werden.

2014 hatte die KVG 43,8 Millionen Fahrgäste transportiert, aber trotzdem 16,8 Millionen Euro Verlust eingefahren (Zahlen für 2015 liegen noch nicht vor). Weil der Verlustausgleich immer schwieriger wird, muss die KVG nach Vorgabe der Stadt auf die Kostenbremse treten. Für bis sechs Millionen Euro weniger Verlust im Jahr sind das Ziel. (ach)

Kritik am Streichkonzert

Tausende protestieren gegen geplanten Wegfall von KVG-Buslinien und Haltestellen

VON JÖRG STEINBACH
KASSEL. Seit die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) im Juli 2015 den Entwurf für die geplante Liniennetzreform öffentlich gemacht hat, ist in den Stadtteilen der Teufel los. Die Kritik gegen die vorgeschlagenen Streichungen von Buslinien und Haltestellen reißt seither nicht mehr ab.

Gegen die Reformpläne machen Aktionsbündnisse und Ortsbeiräte, Schulen und andere Einrichtungen mobil. In der „Johann-Amos-Comenius-Schule in Niederzwehren gab es eine große Inforenne zur geplanten Einstellung der Buslinie 24. „Ohne Linie 24 könnten Schüler aus Süsterfeld, Harleshausen und

Wilhelmshöhe die Schule nicht mehr erreichen“, sagte Schulleiterin Dagmar Figge.

In Rothenditmold übergab das Aktionsbündnis „Initiative Nahverkehr für alle“ aus den Umweltverbänden „UmweltHaus Kassel, ADFC, BUND, VCD und Initiativen wie Rothe Ecke und Kulturinitiative Harleshausen mehr als 1600 Unterschriften zum Erhalt der Buslinie 27. „Die Linie 27 ist die einzige direkte Verbindung in den Vorderen Westen, es gibt keine Alternative“, sagte Mitinitiatorin Violetta Bock. „Streichkonzert bei der KVG! Das lehnen wir ab“, stand auf einem Plakat.

Im Stadtteil Süsterfeld-Helleböhn haben Anwohner um

Ortsvorsteher Jürgen Helfrich (CDU) rund 1300 Unterschriften der KVG übergeben, um den Wegfall der Buslinie 24 zwischen Helleböhn und der Dönche zu verhindern.

Im Stadtteil Forstfeld fordert der Ortsbeirat, die KVG solle von den Plänen Abstand nehmen, am Lindenberg die Buslinie 25 zu streichen. Die Bewohner der Seniorenwohnanlage Lindenberg wollen, dass der Bus auch künftig an der Haltestelle vor ihrer Haustür stoppen soll.

Die Forderungen vieler Bürger gehen über den bloßen Erhalt der bestehenden Buslinien und Haltestellen hinaus. So will das Rothenditmolder Aktionsbündnis, dass der öffentliche Personennahverkehr in

Kassel weiter ausgebaut statt eingeschränkt wird. Zudem sollen die Preise für das Fahren mit Bus und Straßenbahn günstiger werden.

Der Auftrag an die KVG lautet allerdings: Kosten senken. Die Verkehrsplaner des Unternehmens haben deshalb genau analysiert, wo Busse und Bahnen auffallend wenig genutzt werden, wo der Leistungsaufwand hoch und die Kostendeckung niedrig ist. Dort soll es Einschränkungen geben. Zum Protest in Rothenditmold hatte KVG-Planer Sven Möller gesagt: „Wenn alle, die unterschrieben haben, auch regelmäßig mit der Linie 27 fahren würden, wäre die Verbindung auch ausgelastet.“

Debatte soll vor Wahl geführt werden

Auf Vorschlag der Rathausfraktion Kasserer Linke hat sich eine Oppositions-Allianz im Rathaus gebildet

Der Proteststurm gegen die geplante KVG-Netzreform sorgt schon seit Monaten für politischen Streit in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüssen.

Immer wieder hatten die Oppositionsfraktionen im Kasseler Rathaus versucht, die geplanten harten Einschnitte zu verhindern. Doch Änderungsanträge von Linken und Christdemokraten, die Reform müsse grundsätzlich überarbeitet und dabei die Anbindung der Stadtteile sichergestellt werden, wurden von der rot-grünen Rathausmehr-



CDU-Fraktionschef Dr. Norbert Wett

heit mehrfach abgelehnt.

Misstrauisch machte die Opposition, dass der Kasseler Magistrat die Bürgereingaben zur KVG-Reform vor der Kom-

munalwahl am 6. März gar nicht mehr beantworten wollte und eine Sitzung des Eingabeausschusses des Stadtparlaments abgesagt wurde.

Zur geplanten letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Wahl am 1. Februar gebe es so viele Magistratsanträge, dass für die Aussprache über die Anträge und Eingaben zur KVG-Netzreform keine Zeit mehr bleibe, hatte CDU-Fraktionschef Dr. Norbert Wett vor einer Woche bemängelt: „Das finden wir unfair.“ Magistrat, SPD und Grüne wollten das Thema „klein halten“, kritisierte Wett. „Aber es gehört



Linken-Fraktionschef Axel Selbert

jetzt vor der Wahl auf den Tisch.“ Das findet auch die Rathausfraktion Kasserer Linke, die von Anfang an die geplanten Verschlechterungen

im Nahverkehr kritisiert und die gesamte KVG-Netzreform kippen will. Auf jeden Fall vor der Kommunalwahl müsse die Stadt klarstellen, dass die KVG-Reform so nicht umgesetzt werden könne, hatte Linken-Fraktionsvorsitzender Axel Selbert gefordert.

Jetzt haben – dem Vernehmen nach auf Vorschlag der Linken – die Rathausfraktionen von CDU, FDP, Demokratie/freie Wähler und Kasserer Linke eine Allianz gebildet, um eine Sondersitzung und damit eine Debatte vor der Wahl durchzusetzen. (ach)

SPD will die Sitzung am 1. Februar verlängern

Rathaus-Fraktionschef Dr. Günther Schnell kritisiert Opposition: Absprachen im Ältestenrat würden nicht eingehalten

Die SPD-Rathausfraktion will keine Sondersitzung des Stadtparlaments und schlägt vor, in der geplanten letzten Sitzung am Montag, 1. Februar, mit offenem Ende zu tagen. Dann gebe es genügend Zeit, über die umstrittenen und heftig kritisierte KVG-Liniennetzreform zu debattieren.

„Da wir Ihr Ansinnen aber sehr ernst nehmen, alle noch ausstehenden Anträge beraten zu wollen, möchten wir Ihnen anbieten, dass die Tagesordnung der Sitzung vom

1.2.2016 komplett abgearbeitet und die Sitzung nicht, wie vereinbart, gegen 21 Uhr geschlossen wird. Einen so lautenden Antrag würden wir zu Beginn der Sitzung stellen“, hat SPD-Fraktionschef Dr. Günther Schnell an CDU, FDP, Kasserer Linke und die Fraktion Demokratie/erneuern/freie Wähler geschrieben.

„Das Ansinnen, eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Behandlung der noch ausstehenden Fraktionsanträge anzusetzen, lehnt die SPD ab. „Die Fraktionen



SPD-Fraktionschef Dr. Günther Schnell

von SPD und Bündnis 90/Die Grünen reagieren mit Verwunderung auf Ihr Vorhaben,

da die Absprachen im Ältestenrat vom 18.1.2016 bezüglich der Bürgereingaben anderslautend waren“, schreibt Schnell im Brief an die Fraktionen der Opposition.

Im Terminplan für die Sitzungen des Stadtparlaments sei vor allem der bevorstehende Kommunalwahltermin beachtet und ein zeitlicher Abstand bedacht worden, „damit eine angemessene Behandlung der Anträge ohne die Vorzeichen der Kommunalwahl möglich ist“.

Bisher habe es zu den parla-

mentarischen Gepflogenheiten der Kasseler Stadtverordnetenversammlung gehört, dass am Ende einer Legislaturperiode die noch nicht behandelten Anträge entweder ohne Aussprache abgestimmt oder auf Wunsch der Fraktion durch die neue Stadtverordnetenversammlung behandelt würden. Weder im Ältestenrat noch auf anderem Wege „wurden wir Ihrerseits kontaktiert, um die Tagesordnung im Konsens zu verändern“, kritisiert Schnell das Vorgehen der Opposition. (ach)

Zahlen stoßen auf Zweifel

KVG-Reform: Heftige Debatte über Erhebungen des Verkehrsunternehmens

VON SABINE OSCHMANN

PHILIPPINENHOF/WARTEBERG. Die Erhebungen der KVG zu der ihrer Meinung nach mangelnden Auslastung der Buslinie 28, die sie anlässlich ihrer Netzreform gemacht hat, stoßen auf erhebliche Zweifel beim Ortsbeirat Philippinenhof/Warteberg. Während der jüngsten Sitzung des Gremiums wurde die Statistik, mit der die KVG für bestimmte Zeitphasen mangelnde Auslastung belegen will, heftig diskutiert.

Und dabei verglichen mit den Zahlen, die Ortsbeirats-

mitglied Helmut Pfaff (SPD) über zwei Monate hinweg für die Fahrtrichtung Warteburg/Holländische Straße selbst erhoben hat. Demnach gebe es erhebliche Abweichungen, die KVG-Zahlen seien nicht nachvollziehbar, ergäben kein richtiges Bild und seien „geschönt“, um das „Anpassen“ der Taktzeiten für die Kostenersparnis zu rechtfertigen, so die kritische Mutmaßung.

Man engagiere sich dafür, dass den Bürgern möglichst wenig Nachteile durch die Linienreform entstehen, stellte das Gremium klar. Darum will es der KVG die eigene Statistik

vorlegen und fordert mit seinem Beschluss einen Abgleich der unterschiedlichen Ergebnisse zu den Fahrgastzahlen und entsprechende Aufklärung.

Dann war erneut der Bolzplatz Weidestraße ein Thema. Es geht noch immer um den maroden Belag der Fläche, der nach Auffassung des Gremiums erneuert werden muss. Das hat das Umwelt- und Gartenamt bisher aus rechtlichen und Gründen des Lärmschutzes abgelehnt. Da der Platz nur für Jugendliche bis 15 Jahren offen sei, müsse dies aber rechtlich möglich sein, erläuterte

Ortsvorsteher Stefan Markl (SPD) das Ergebnis seiner Recherche. „Wir versprechen den Kindern, wir bleiben dran“, sagte er zu.

Und zwar über die im März anstehende Kommunalwahl hinaus, wie er betonte. Und der Ortsvorsteher nahm dies zum Anlass für eine positive Bilanz der ablaufenden Legislaturperiode. Als Beispiele nannte Markl die enge Zusammenarbeit mit Schulen Kitas, Kirchen, das GWG-Projekt „Leben im Quartier - Wohnen für Generationen“ und Vorhaben im Bereich der Natur und Naherholung.